n den Tagesverhandlungen Mitglieder aus den verschiedenen esetzten, bedrohten und verlorenen Gebieten erschütternde Mitteiungen gemacht haten. Es wurde die Einheit der deutchen Nation als Grundlage des Wiederaufstieges behandelt. Zunächst sprach Martha Dönhoff für die Frauen des Westens. Als Vertreterin des Südens sprach Frau Kießelbach (München). Von der Angst vor dem Unewissen und der Qual, welche die Seelen aller Frauen des Ostens beherrsche, berichtete Frau Fritsch (Königsberg). Frau Wallaud (Tondern) schilderte den verzweifelten Kampf der Deutschen in Schleswig-Holstein. Alle Rednerinnen gaben der Hoffnung Ausdruck, daß das Mutterland die ihm entrissenen Provinzen nicht vergessen möge und daß der wachsende Wunsch nach neuer deutscher Einheit ihm einen Weg weisen werde, die heute ihm genommenen Brüder dennoch der großen deutschen Volks- und Geistesgemeinschaft zu erhalten.

Der Rest der Tagung wurde durch die Beratung von Anträgen, die Besprechung der neuen Aufgaben des Bundes und die Satzungsberatung in Anspruch genommen. Das Arbeitsprogramm, das auf nationaler Grundlage die Stellung des Bundes zu Familie, Arbeit, Staat und Gemeinde darlegt, fand einmütige Zustimmung. Zur Vorsitzenden wurde an Stelle von Dr. Gertrud Bäumer mit fast allen Stimmen Marianne Weber (Heidelberg) gewählt.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 28. Septbr. (Wolff.)

(52. Sitzung.)

Am Ministertisch: Stegerwald, Hänisch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12.20.

Auf der Tagesordnung stehen kleine Anfragen.— Eine Anfrage des Abg. Dr. Rosenfeld über die militärischen Einrichtungen der Berliner Polizei beantwortet ein Regierungsvertreter dahin, daß nicht beabsichtigt sei, die Berliner Polizei militärisch zu organisieren. Die neu getroffenen Maßnahmen rechtfertigten sich durch die Zunahme des Verbrechertums. — Nach Erledigung weiterer Anfragen wird die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für 1919 und zwar die des

Ministeriums für Volkswohlfahrt

fortgesetzt.

Abg. Boldenhauer (D. Vpt.): Im Mittelpunkt der Jugendfürsorge muß die Familie stehen. Diese beruht auf der Auffassung von der Ehe und diese letztere läßt sich nicht durch Gesetze regeln. Zum Gesundheitswesen haben Adolf Hoffmann u. Gen. die Sozialisierung des gesamten Aerzte- und Arzneiwesens beantragt. Wir lehnen diesen Antrag ab. Damit ist es wohl zu vereinbaren, daß wir für die Verbilligung der Kosten des Heilwesens zu Gunsten Unbemittelter eintreten. Die Wohnungsfrage ist eine Kostenfrage. Es muß weiter gebaut werden trotz der enormen Kosten und die nötigen Zuschüsse müssen bewilligt werden. Noch schlimmer als in Berlin ist die Wohnungsnot in den besetzten Gebieten, besonders durch die zahlreichen fremden Offiziere. Die Entente verlangt für diese Offiziere völlig eingerichtete Wohnungen mit Möbeln, Decken und Geschirr. Diese Lasten müssen vom Reich übernommen werden. (Beifall rechts.)

Ein Vertreter von der Medizinal-Abteilung des Ministeriums betont in der Beantwortung früherer Anfragen u. a., daß die Abteilung es für ihre Pflicht halte, neue wichtige Heilverfahren auf das genaueste zu prüfen. Der Kampf gegen die Tuberkulose müsse in noch größerem Umfange als früher geführt werden, besonders bei der Jugend durch soziale, hygienische Fürsorge und scharfe Maßnahmen. Der Antrag Adolf Hoffmann muß daran scheitern, daß die Frage der Sozialisierung der Aerzte noch nicht genügend geklärt ist. Die freie Aerztewahl für die Armen sei allerdings erwünscht.

Abg. Zimmer (Soz.): Die Vergesellschaftung der Aerzte muß angestrebt werden, ebenso die der Apotheker. Die Wochenhilfe darf nicht den Krankenkassen allein aufgebürdet werden. Die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten muß in größtem Umfange vom Staate übernommen werden. Diese Krankheiten nehmen noch immer zu, auch auf dem Lande. Das neue Gesetz muß auch auf dem Gebiete des Mutterschutzes eingreifen. Die Hebammen müssen besoldete Beamten der Gemeindewesen, am besten der Provinzen, werden. (Beifall.)

Abg. Frau Dr. Lauer (Ztr.) bespricht die Tätigkeit der Frauen im Wohlfahrtswesen im Sinne der katholischen Weltanschauung. Weitestgehende Fürsorge für das uneheliche Kind sei zu verlangen, ebenso für die unehelichen Mütter. Vielleicht wäre es besser gewesen, der Frau zunächst nur das kommunale Wahlrecht zu geben und erst später das parlamentarische.

Abg. Prof. Dr. Abderhalden (Dem.): Unsere heutige Jugend

Frankfurter Zeitung
28. IX. 1919